

Die linke Zeitung für Mittelsachsen

Im Internet unter: www.linksworte-mittelsachsen.de

Mittelsächsische

LinksWorte

22. Juni 2011

Nr. 46

5. Jahrgang



Die Burg Meißen auf einem Bergsporn hoch über der Elbe - hier stand dereinst (im übertragenen Sinne) die Wiege Sachsens. Und von hier ist es nicht weit bis zur Grenze des heutigen Landkreises Mittelsachsen. Mit der heutigen Ausgabe beginnen wir unsere große Serie „Episoden aus der mittelsächsischen Geschichte“, die uns die kommenden Jahre - immer auf Seite 10 - begleiten wird. Nachdem wir in den vergangenen zwei Ausgaben das „historische Feld bereitet“ haben, beginnen wir heute mit dem Kampf um die Sorbenfestung Gana im Jahr 929 unsere Ausflüge - in Bild und Text - in die Geschichte des mittelsächsischen Raumes.

Die drei Titelthemen dieser Ausgabe

Im leidenschaftlichen Disput:
Der Weg der LINKEN aus der in-
nerparteilichen Krise

Kommunalpolitik aktuell:
Die Wirtschaftsförderung im
Landkreis Mittelsachsen

Diesmal besonders im Blickpunkt:
DIE LINKE und der sächsische
Landesentwicklungsplan ab 2013

2	editorial & standpunkt
3	kolumne & aktivitäten der mdl
4	titelthema 1: klaus ernst kam
5	vorbereitung des kreisparteitages
6/7	titelthema 2: schwerpunkt wirtschaftsförderung in mittelsachsen
8	titelthema 3: landesentwicklungsplan 2013
9	post von der staatsanwaltschaft
10/11	unsere serie: episoden aus der mittelsächsischen geschichte
11	kreisvorstand & glückwünsche
12	termine & atomausstieg

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint in der Mitte der 29. Kalenderwoche 2011. Redaktionsschluss ist am Dienstag, dem 12. Juli 2011. Unsere Leser werden herzlich gebeten, für den Druck, die Herausgabe und Verbreitung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ zu spenden.

Geldspenden können unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ an folgende Bankverbindung gerichtet werden:

DIE LINKE. Mittelsachsen
 Kreissparkasse Freiberg
 BLZ: 870 520 00
 Konto-Nr.: 311 502 821 0

Zuschriften, Polemik, Kritiken und Hinweise sind ausdrücklich erwünscht. Bei Veröffentlichung bringen sie nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber: 
 Kreisvorstand Mittelsachsen

Postanschrift der Redaktion:
 Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
 z. Hd. der Redaktion der „LinksWorte“
 09599 Freiberg, Roter Weg 41/43
 Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
 Telefax: 0 37 31 - 20 21 40

Redaktion: Ruth Fritzsche, Sabine Lauterbach, Michael Matthes, Sabine Pester, Hans Weiske (verantwort. i.S.d.P.), Peter Zimmermann

Layout, Satz und Fotos: A • Bi • Te
 Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
 Birkenstraße 23b 09569 Falkenau

Verlag und Vertrieb: Eigenverlag und -vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG, Boettcherstrasse 21, 09117 Chemnitz.

Internet: Die „LinksWorte“ werden im Internet unter www.links-worte-mittelsachsen.de veröffentlicht. Dort stehen über ein Archiv auch frühere Exemplare der Zeitung zur Lektüre oder zum Download zur Verfügung.

editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dieser Ausgabe der mittelsächsischen LinksWorte steuern wir direkt in das „Sommerloch“ hinein. Was keinesfalls heißt, dass wir im Juli und August nichts zu berichten haben. Obwohl die Schulferien und der Sommerurlaub natürlich das Geschehen der kommenden Wochen dominieren. Aber in den verbleibenden Tagen des Juni heißt es für den Kreisvorstand und die Kreistagsfraktion der LINKEN, nochmals Schulaufgaben zu machen. Der Kreisvorstand trifft sich (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) am 20. Juni zur Beratung in Geringswalde. Die turnusmäßige Sitzung des mittelsächsischen Kreistags findet am 22. Juni - ebenfalls nach Redaktionsschluss - in Freiberg statt. Der Kreisvorsitzende Michael Matthes fährt am 26. Juni zur Kreisvorsitzenden-Beratung der LINKEN nach Hannover. Alles Themen, über welche wir in unserer Juli-Ausgabe berichten werden.

In unserem heutigen Titelthema -1- kommen wir im Beitrag von Michael Matthes auf die Mai-Ausgabe zurück. Es geht um das Bild, welches DIE LINKE gegenwärtig in der Öffentlichkeit bietet - und das ist leider nicht das beste. Außerdem informieren wir über die weitere Vorbereitung des kommenden Kreisparteitages der mittelsächsischen LINKEN am 24. September in Roßwein.

Unser Redaktionsmitglied Sabine Lauterbach erläutert in unserem Titelthema -2- ausführlich Fragen der Wirtschaftsförderung im Landkreis Mittelsachsen aus der Sicht des neu installierten mittelsächsischen Regionalmarketings.

Unser heutiges Titelthema -3- ist der Freiburger LINKEN Landtagsabgeordneten Dr. Jana Pinka gewidmet, die sich detailliert zu Fragen der Fortschreibung des Landesentwicklungsplans 2003 äußert. Auch MdL Falk Neubert kommt in unserer heutigen Ausgabe unter dem Motto „Post von der Staatsanwaltschaft“ zu einem brisanten Thema zu Wort.

Unsere Leser dürften es bereits auf der Titelseite zur Kenntnis genommen haben: Wir starten in eine neue Serie von Episoden aus der mittelsächsischen Geschichte. Das Thema dürfte uns einige Jahre fesseln, da wir uns - so jedenfalls die Meinung der Redaktion - von Episode zu Episode unserer regionalen Geschichte „voranhangeln“ wollen. Nach dem „Vorgeplänkel“ ist mit unserer heutigen Ausgabe gewissermaßen der scharfe Start erfolgt. Auch heute also wieder viel Freude beim Lesen der neuen „LinksWorte“.

standpunkt zur pflegeversicherung

von unserem Redaktionsmitglied
 Ruth Fritzsche

Den „Pflegekollaps verhindern“ ist der Inhalt einer Studie unserer Landtagsfraktion, die im Mittelpunkt der Landesseniorenkonferenz zum Thema „Wachsender Pflegebedarf vor dem Hintergrund zunehmender Altersarmut“ stand.

Es ist nicht von ohne, was im Hinblick auf Sachsen zur Bewältigung der immer älter werdenden Bevölkerung und des damit verbundenen Pflegebedarfes zukommt. So ist zu verzeichnen, dass.z.B.

- viele junge Menschen seit 1990 das Land wegen Perspektivlosigkeit verlassen haben, was von der Staatsregierung noch propagiert wurde, aber die Familienbande damit zerrissen wurde,
- Sachsen schon heute mit einem Altersdurchschnitt von 46 Jahren das Land mit der ältesten Bevölkerung in der Bundesrepublik ist,
- die Zahl der offiziell registrierten Pflegebedürftigen von 2001 von 119000 auf 132000 im Jahre 2009 stieg und dazu noch ca. 100000 Pflegebedürftige ohne Leistungen aus der Pflegeversicherung kommen,
- der zu erwartende Anstieg des Pflegebedarfes bis 2020 zunimmt, weil ca. 29 Prozent der Menschen älter als 65 Jahre, ca. 15 % älter als 75 Jahre und ca. 4,3 Prozent älter als 85 Jahre sind.

Allein aus diesen Daten ist ersichtlich, was auf die Staatsregierung und die Kommunen zukommt. Wir als Linke haben dabei den Finger auf die Wunden zu legen.

zum schmunzeln

Das Denken ist zwar allen Menschen erlaubt, aber vielen bleibt es erspart.

Curt Goetz

Wenn die Zeit kommt, in der man könnte, ist die vorüber, in der man kann.

Marie von Ebner-Eschenbach

Der Vorteil der Klugheit besteht darin, dass man sich dumm stellen kann. Das Gegenteil ist schwieriger.

Kurt Tucholsky

auf seite - drei -
- immer konsequent links -
**unsere monatliche
Kolumne**

Kernenergie oder, was bedrohlicher klingt, Atomenergie ist seit Jahrzehnten das Dauerthema. Politisch ist die Sache eindeutig. Technologien, die bei der Handhabung erhebliches Verantwortungsbewusstsein verlangen, gehören nicht in die Entscheidungsgewalt profitsüchtiger Konzerne. Technisch, wissenschaftlich und volkswirtschaftlich sollte man Entscheidungen mit Sachverstand fällen. Mit den Ängsten der Unbeteiligten Politik zu betreiben, ist verantwortungslos. Damit politische Gewinne einfahren zu wollen, wird sich wohl schon bald als Sackgasse erweisen.

Kein praktisch denkender Mensch, wird etwas Lebensnotwendiges wie zum Beispiel das Dach über seinem Kopf abreißen, bevor er geklärt hat, ob sein Geldbeutel das neue Dach verkraftet. Und sollte das Geld reichen, wird er weiterhin das vorhandene Dach nicht abtragen, bevor das neue fertig ist. Bei Stromgeschichte aber genau das, was der gesunde Menschenverstand verbietet. Man reißt mit festgelegtem Datum ab, ohne prüfen zu können, was das bei schon zwei Billionen Schulden kostet, und ohne die Alternative betriebsbereit zu haben.

Die regenerativen Energieerzeugungsformen mögen als die sichere Zukunft erscheinen. Aber, ob man den Wandel mit der gebotenen Seriosität vollziehen kann, entscheidet sich auch daran, inwieweit man mit den derzeitigen Energieerzeugungsformen für die Zeitdauer des Übergangs leben kann. Da interessiert es schon, welche Wirkungen von den einzelnen Energieerzeugungsarten auf die übrigen Lebensbereiche ausgehen, zum Beispiel eben auf das Klima. Nun steigt unbestritten die durchschnittliche Temperatur auf dem Planeten. Aber was ist, wenn sich herausstellt, dass dieser Temperaturanstieg viel geringer vom menschlichen Tun abhängig ist, als vermutet? Die Wikinger bauten vor tausend Jahren auf einer heute eisbedeckten Insel, die sie Grünland nannten, Getreide an, und sehr nördliche Gefilde des amerikanischen Kontinents bezeichneten sie als Weinland. Dorthin ruderten oder segelten sie ohne Kohlendioxid ausstoß. Was also, wenn sich der Klimawandel wieder ohne unser Zutun vollzieht? Fossile Energieträger vor Uran oder Plutonium? (mm)

Erster Bürgersprechtag unter freiem Himmel

von unserem Redaktionsmitglied
Peter Zimmermann

Am 24. Mai 2011 verlegten wir unsere Bürgersprechstunde vor unser Haus. Sommersonne, Kaffee und Kekse luden ein auf ein Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern. Bei gutem Wetter werden wir diese Aktion öfters durchführen und diese dann auch im Vorfeld ankündigen, so dass noch mehr Resonanz von den Bürgerinnen und Bürgern zu erwarten ist. Wie das Bild zeigt, haben wir einen einladenden Bereich geschaffen, der zum Verweilen einlud. Anwesend waren unter anderem Ruth Fritzsche und Michael Matthes. Den neugierigen Blicken der Passanten nach haben wir mit dieser, ersten, Aktion zu mindestens Aufmerksamkeit auf uns gezogen und das war auch so gewollt.

Vom Kind zum Erwachsenen

von unserem Redaktionsmitglied
Sabine Pester

D

dungen sind, sie dafür gleichzeitig aber auch mehr zu treffen haben, die vor allem wichtig für ihren weiteren Lebensweg sind. Er machte weiter dann noch deutlich, dass die Jugendweihe ein Schritt in eine ganz neue Form der Verantwortung ist. Es ist die Verantwortung für sich selbst, aber auch die Verantwortung für andere: für Freunde, für Schwächere, für die Gesellschaft. Vielleicht haben diese Worte bei einigen jungen Leuten Eindruck hinterlassen.

DIE LINKE auf dem Campus

von Kristin Hofmann

AM 7. Juni war die Fraktion DIE LINKE anlässlich der Hochschultour in Mittweida. Falk Neubert suchte das Gespräch mit den Hochschulangehörigen und freute sich über die rege Beteiligung von jungen GenossInnen, die ihm tatkräftig zur Seite standen. Vielen Dank an dieser



Stelle an Ron und Jenny! Thema war - wie könnte es anders sein - die Pläne zur Schließung der Außenstelle in Roßwein und die allgemeine Situation der sächsischen Hochschullandschaft. An dieser Stelle wurde deutlich öfter der Kopf geschüttelt als genickt. Auch viele SchülerInnen, die auf dem Weg zum nahegelegenen Sportunterricht waren, freuten

Reminiszenzen zu Aktivitäten unserer beiden Landtagsabgeordneten: Campusgespräche mit Falk Neubert (oben) und Bürgersprechtag unter freiem Himmel (unten)

schen, der vom Sächsischen Verband für Jugendarbeit und Jugendweihe e.V. eingeladen war, die Festrede zu halten sowie den Jugendlichen feierlich ihre Urkunde zu überreichen. In seinem Redebeitrag erläuterte er, dass sie heute freier in ihren Entschei-

sich über die willkommene Abwechslung und konnten sich für die Aufkleber „Noten abschaffen“ begeistern. Wir werden auch im nächsten Semester wieder vor Ort sein und hoffen auf ebenso gutes Wetter und gesprächswillige Studierende.

„klaus ernst kam und redete klartext zur aktuellen lage in der partei“

von Michael Matthes, Kreisvorsitzender der LINKEN

Die LINKSWORTE berichteten in ihrer Mai-Ausgabe unter der Überschrift „Wirbel oder Wirbelsturm“ über Besorgnisse in den Basisorganisationen, die negativen Schlagzeilen rund um den Bundesvorstand betreffend. Der Grundtenor der Meinungsäußerungen war: „Hört auf damit!“ Berichtet wurde auch von einer Erklärung der Kreisoberhäupter des Landesverbandes Sachsen. Darin wurde gefordert, dass die Bundes-

he da: Klaus Ernst kam! Und es war gut so. Zum einen begegnete man sich im kleinen Kreis von Mann zu Mann bzw. von Mann zu Frau in der Dresdner Großenhainer Straße. Zum anderen konnte alles gesagt werden, ohne ein Blatt vor den Mund nehmen zu müssen und ohne vermuten zu müssen, es wird am nächsten Tag öffentlich ausgeschlachtet. Die Atmosphäre: sauber und erfrischend. Der Gast kam gegen 19:00 Uhr. Gegen 22:30 Uhr mussten die Ersten widerwillig zum Bahnhof aufbrechen. Soweit die frohe Botschaft.

Klaus Ernst legte seine Sicht der Dinge dar,

Zerstrittenheit in den Landesverbänden Rheinland-Pfalz und Bremen und ein taktisches Wahlverhalten der Wähler in Baden-Württemberg. „Mappus muss weg!“ war nur zu erreichen, wenn SPD und die Grünen die Mehrheit der Sitze im dortigen Landtag erringen. Das veranlasste auch Wähler DERLINKEN, SPD oder Grüne zu wählen. Die Überlegungen in der Wählerschaft, wenn DIE LINKEN in den Landtag einziehen, fehlen Rosa-Grün diese Sitze, führte dazu, dass dem stärksten Landesverband in den westlichen Bundesländern der Erfolg versagt blieb.



Eines der Kleinode im Landkreis Mittelsachsen: Die Burgruine Frauenstein - heute die größte Burgruinenanlage Sachsens. Sie wurde beim großen Stadtbrand im Jahr 1728 zur Ruine und nicht wieder aufgebaut. Links neben der Burgruine ist das in den Jahren 1585 bis 1588 errichtete Schloss zu sehen. Heute beherbergt es in seinem Kreuzgewölbesaal zum Gedenken an den im Ortsteil Kleinbobritzsch geborenen berühmten Orgelbauer das Gottfried-Silbermann-Museum.

Die Burg Frauenstein wurde nach den großen Freiberger Silberfunden wahrscheinlich gegen 1200 als eine der Grenzschutzburgen zwischen Sachsen und Böhmen angelegt. Die erste urkundliche Erwähnung von Frauenstein datiert aus dem Jahr 1218.

spitze den Kreisvorsitzenden Rede und Antwort stehen sollte. Dieser Forderung musste gegenüber unserem Landesvorsitzenden noch einmal Nachdruck verliehen werden. Ein Brief nach Berlin enthielt schließlich diesen Ruf. Und sie-

umriss die aktuellen Aufgaben der Partei und den Stand der Programmdiskussion. Er ging auf die Wahlergebnisse in den bisherigen Landestagswahlen ein und sparte auch nicht die Ursachen für die aus unserer Sicht unbefriedigenden Ergebnisse aus:

Klaus Ernst nahm auch kein Blatt vor den Mund, als er sich zu den Wirkungen äußerte, die die Querelen im und rund um den Bundesvorstand im Lande hervorrufen. Doch zunächst zu den Fakten: Dass DIE LINKEN nunmehr dem Namen nach eine Partei

fortsetzung von seite - 4-

sind, dass sie deutschlandweit agieren und dass sie auf einer Woge von Aufbruchsstimmung Anfangserfolge erringen konnten, ist unbestritten. Doch in „dem Laden“ vereinigen sich nicht nur zwei Ursprungsparteien - PDS und WASG - sondern es gibt da auch Gruppen und Grüppchen, die alle ein Bisschen anders und einzig links sind. Das kennt Klaus Ernst sicher genauer als wir. Dass es eines zeitlich endlichen Prozesses bedarf, ehe zusammenwächst, was zusammengehört, muss hingenommen werden. Dass das Zusammenwachsen aber derart abartig vonstattengeht, war das Thema der Dresdner Runde. In der Bewertung der Ursachen und der Gefahr der Wiederholung gab und gibt es Dissens zwischen dem Mann aus Franken in Bayern und den Sachsen.

Klaus Ernst plauderte aus dem Nähkästchen, und dabei kamen Dinge zu Tage, die ich mir so nicht vorstellen konnte. Offensichtlich gibt es Leute, als Genossen will ich sie nicht bezeichnen, die weder Verantwortung noch Anstand ihr Eigen nennen. Da sitzen Einige mit aufgeklapptem Notebook „online“ in den Sitzungen und leiten zeitgleich vom Vorstandstisch weg per Twitter, Facebook oder eMail persönliche Diffamierungen, garniert mit Interneta nach draußen. Die eigene Erfahrung lehrt, wenn man dem tatenlos zusieht, dann fliegt einem der Laden um die Ohren, und man verliert die Kontrolle über das Geschehen. Hier scheint der Hund begraben zu liegen. Als Verantwortlicher bleibt in solchen Fällen nichts anderes übrig, als Solches mit der Konsequenz eines Fallbeiles zu unterbinden. Man kann sich als „autoritär“ erscheinen, aber man darf niemals solche Verantwortungslosigkeit durchgehen lassen. Hier differieren Klaus Ernst und die meisten der sächsischen Kreisoberhäupter. Er meint, man könne nicht Gleiches mit Gleichem vergelten. Wir meinten, wir könnten nicht die Überzeugung gewinnen, dass diese Einstellung Abhilfe schafft. Parteistrafen und andere Gewaltakte helfen allerdings nicht. Aber Rechenschaft kann man von allen Vorstandsmitgliedern in aller Offenheit fordern. Und man kann dazu jeden einzelnen namentlich aufrufen, sich öffentlich zu äußern.

Fazit des Unternehmens: Es hat sich mehr als gelohnt, ins Gespräch zu kommen. Noch mehr wird es sich lohnen, dem „Vormann“ DERLINKEN und seiner „Koschwester“ den Rücken zu stärken, und sie zu ermutigen, in den eigenen Reihen für Ordnung zu sorgen.

von Ruth Fritzsche und Ute Rehnert

Laut Beschluss des Kreisvorstandes wurde der nächste Kreisparteitag für den 24. September 2011 nach Roßwein einberufen. Bekanntlich wirft solch ein Kreisparteitag immer wieder seine Schatten voraus. Ein wichtiges Anliegen des Kreisparteitages ist es, nach 2 Jahren erneut einen Kreisvorstand zu wählen, der bis zum Ende des Jahres 2013 fungiert und der im Jahre 2013 insbesondere die Verantwortung für die Wahl eines neuen Kreistages Mittelsachsen trägt und dem natürlich auch die Vorbereitung und Durchführung der Bundestagswahlen 2013 für den Kreis Mittelsachsen obliegt. Bei beiden Wahlen sind natürlich noch bessere Ergebnisse als 2008 bzw. 2009 zu erzielen. Das muss das Anliegen des neuen Kreisvorstandes sein. Also sind geeignete KandidatInnen für den Kreistag und ein gut bekannter Bundestags-Direktkandidat auszuwählen. Es ist gut, dass sich der Kreisvorstand schon jetzt langfristig mit dieser Problematik beschäftigt.

Mit einem Brief vom 18.05.2011 wurden die Ortsvorstände darüber informiert, was auf sie in den nächsten Tagen und Wochen

zukommt. Das wichtigste ist, geeignete Delegierte und eine Vielzahl Ersatzkandidaten bis Mitte August für den Kreisparteitag zu wählen. Die Zahlen der zu wählenden Delegierten wurden den Ortsverbänden in dem genannten Brief mitgeteilt und darum gebeten, sie nach der Wahl aber bis spätestens Mitte August der Kreisgeschäftsstelle mitzuteilen.

Was ist auf dem Kreisparteitag zu tun? Neben der Rechenschaftslegung des amtierenden Kreisvorstandes, der Finanzrevisionskommission und anderer Gremien ist es die vornehmste Aufgabe, den Kreisvorstand und die Finanzrevisionskommission zu wählen. Darüber hinaus haben wir vier Delegierte für die Bundesparteitage 2012 und 2013 und voraussichtlich wiederum acht Genossinnen und Genossen für die nächste Landes-seniorenkonferenz 2012 zu wählen. Das bedeutet, dass aus den Ortsverbänden sehr viele geeignete KandidatInnen für all die zu wählenden Gremien benannt und angesichts der Durchführung umfangreicher Wahlvorgänge eine Vielzahl GenossInnen bis mindestens 15.09. der Kreisgeschäftsstelle mitgeteilt werden.

feiern ohne ende im hause nestler in flöha



Im Wonnemonat Mai wurde bei Nestlers in Flöha gefeiert, dass die Schwarte kracht. Am 13. Mai feierte Genossin Ingrid Nestler ihren 80. Geburtstag, drei Tage später zog Harry nach. Und am gleichen Tag feierte die jüngere der beiden Töchter ihren 50. ! Im „betriebseigenen“ Gartenlokal - Ingrid und Harry Nestler sind begeisterte Gartenfreunde - wurde am

Abend die „Sau rausgelassen“. Harry Nestler hat sich bis zu einem schweren Fahrradunfall beispielhaft für die „Freiberger LinksWorte“ engagiert. Besonders freuten sich Ingrid und Harry Nestler über die Glückwünsche ihres Flöhaer Ortsverbandes der LINKEN und des Redaktionsteams der LinksWorte (im Bild) ! Wir wünschen Euch alles, alles Gute.

Zum Thema „Wirtschaftsförderung im Landkreis Mittelsachsen“

Als zu Beginn des Jahres die Information aus dem Landratsamt kam, dass eine Regionalmanagerin eingestellt worden sei, gab es in unserer Fraktion doch eine heftige Diskussion. Auf der einen Seite muss der Landkreis an allen Stellen sparen. Trotzdem nimmt der Kreis 150 T€ Eigenmittel in die Hand um das Projekt mit Leben zu erfüllen. Auf der anderen Seite brauchen wir eine gut funktionierende Wirtschaft. Wenn wir uns die Arbeit und Ergebnisse der SAXONIA Standortentwicklung GmbH in Freiberg anschauen, so können andere Regionen des Landkreises nur neidisch werden. So etwas wird gerade in den wirtschaftlich schwächeren Regionen benötigt. Der Landkreis erhält für das Regionalmanagement-Projekt für die Jahre 2011 und 2012 vom Bund 600 T€. Als es darum ging sich für oder gegen dieses zu entscheiden, war wohl ausschlaggebend, dass anderen Kreise, z.B. Erzgebirgskreis, ein solches haben. In der Mehrzahl der Kreise, haben diese Aufgaben jedoch andere Unternehmen und Strukturen übernommen. Und auch im Landkreis Mittelsachsen gibt es ein Amt für Wirtschaftsförderung, in dem mehrere Mitarbeiter arbeiten. Auch gibt es gerade im Freiburger Raum mit der SAXONIA Standortentwicklung GmbH und im Mittweidaer Raum mit dem Technologiepark Mittweida funktionierende Unternehmen, die sich ausschließlich mit der Wirtschaftsförderung befassen. Der einfachere und preiswertere Weg wäre gewesen, dass eins der Unternehmen seine Tätigkeit auf die Region Döbeln ausgeweitet hätte. Dafür sitzt jetzt das Regionalmanagement-Projekt in Döbeln. Die Entscheidung für das Regionalmanagement ist gefallen, und somit sollten wir alle in Mittelsachsen an einen Strang ziehen und etwas für eine gesunde Wirtschaft und somit Arbeitsplätze für unsere Bürger tun.

Am 06. Juni 2011 hat nun das neu einberufene **Mittelsachsen-Konvent** zum ersten mal getagt. Eingeladen waren Unternehmen des Kreises, Hochschulen, Vertreter der Politik, Mitarbeiter der Landkreisverwaltung, jedoch auch interessierte Bürger. Tagungsort war das deutsche Brennstoffinstitut in Freiberg.

Den Teilnehmern wurde in **vier Initialvorträgen** fachliche Grundlagen vermittelt.

1. Technologiepotentiale und regionale Kompetenzfelder im Mittelsachsen-Konvent.

- Auswertung der Statistik wie Mittelsachsen im Land, Bund sowie Europa verhältnismäßig steht
- sehr gute Grundlagen durch zwei Hochschulen mit drei Standorten
- vorhandene Forschungsinstitute
- große Wirtschaftskraft (Platz zwei bis drei in Sachsen)
- mittelmäßige Wirtschaftskraft im bundesdeutschen sowie europäischen Vergleich bei niedrigem Lohnniveau
- Landkreis ist Eigentümer regionaler Kreditinstitute
- negativ ist die hohe Zahl der Schulabbrecher, Lehrabbrecher, Studienabbrecher
- ebenso negativ sind die immer noch andauernden Abwanderungszahlen der Bevölkerung

Folgende Technologiefelder befinden sich in Mittelsachsen:

- Ressourcentechnologie (FG, DL)
- Energietechnik (FG, MW)
- Werkstofftechnik (FG, MW)
- optische Technologie (MW)
- Produktionstechnologie (DL, MW)
- Biotechnologie (FG)
- Mikrosystemtechnik (DL, MW)

Folgende Maßnahmen für unsere Unternehmen stehen an:

- Strategisch - Förderung von Innovationen
- Taktisch - Aufbau eines Informationspools
- Operativ - Transferveranstaltungen durch das Landratsamt, Zuhilfenahme der Hochschulen

2. Fachkräfte- und Ausbildungsanalyse für den Wirtschaftsstandort Mittelsachsen

Als besonders negativ muss hier die hohe Abwanderungszahl von ca. 2.000 pro Jahr gesehen werden. Auch gibt es eine unterdurchschnittliche Geburtenzahl. Unsere gerade jungen Bürger wandern nach wie vor in die alten Bundesländer ab, weil sich dort eine bessere berufliche Situation ergibt. Auch zieht e viele junge Leute in die Großstädte.

Im öffentlichen Dienst, wo seit Jahren eine Überalterung des Personals zu ver-

zeichnen ist, kann trotz gleichbleibender Ausbildungszahlen, dem nicht entgegen gewirkt werden. Auch werden künftig bedeutend weniger Mitarbeiter in der Verwaltung benötigt.

Ein großes Problem besteht in der Wahl der Ausbildungsberufe. So gibt es viel zu viele ausgebildete junge Leute in einigen Berufen. Allerdings muss man hier den „schwarzen Peter“ auch den Arbeitsämtern zuschieben, weil gerade diese über Jahre Arbeitslose Bürger in einigen wenigen Berufen qualifiziert haben. Damit wurde der normale Arbeitsmarkt für die jungen Leute negativ beeinflusst. So dass diese gezwungen wurden, in die alten Bundesländer zu ziehen. Mit großen Bedauern denken wir an die Vielzahl von Bürgern, die zu Köchen, Landschaftsgärtnern und Sicherheitskräften ausgebildet wurden. Und jetzt trotzdem in der Region keine Arbeit finden.

Künftig können wir es uns nicht mehr leisten, junge Leute in den falschen Berufen auszubilden. Die Arbeitsagentur darf hier nur gezielt in den Ausbildungsmarkt eingreifen.

Die Zuwanderung ausländischer Arbeitnehmer muss auch unter diesen Gesichtspunkten gesteuert werden.

Wir müssen unsere Hochschulabsolventen in der Region halten. Und natürlich muss die Zahl der Lehr- und Studienabbrecher minimiert werden.

3. Erwartungen künftiger Fach- und Führungskräfte an die Region und ihre Unternehmen

Hier wurden Studierende in Mittelsachsen befragt.

Folgende Gründe für die Wahl des Studienstandortes wurden angegeben:

- keine Studiengebühren
- Nähe zum Heimatstandort der Eltern
- Guter Ruf der Hochschulen
- kleine Unistadt und damit überschaubarer Campus
- gutes Betreuungsverhältnis

Motive für Verlassen der Region nach Abschluss:

- Arbeitsplatz in anderen Regionen (60,7 %)
- geplanter Auslandsaufenthalt (26,1 %)
- familiäre Gründe (13,2%)

Diese Aussage macht deutlich, dass wir

berichtet schwerpunktmäßig über die Schwerpunkte der Wirtschaftsförderung in Mittelsachsen

für unsere Studienabgänger geeignete Arbeitsplätze schaffen müssen, um der Abwanderung entgegen zu wirken.

Die Umfrage war sicherlich sehr professionell und informativ. Könnte jedoch auf Ausbildungsberufe ausgedehnt werden.

4. Regionalmarketing der Wirtschaftsregion Mittelsachsen

Hier wurde der Stand von Mittelsachsen im bundesweiten Raum betrachtet.

Von insgesamt 412 Kreisen und kreisfreien Städten steht Mittelsachsen derzeit an folgenden Stellen:

- Dynamik 148
- Stärke 309
- Demographie 350
- Wohlstand 247
- Arbeitsmarkt 234
- Innovation 219

In diesen Zahlen werden vorausgegangene Informationen verdeutlicht.

Die Alarmsignale in Mittelsachsen sind folgende:

- Wegzug junger Menschen
- unzureichendes Angebot an Arbeitsplätzen für Fach- und Führungskräfte
- niedriges Lohnniveau
- geringer Bekanntheitsgrad der Region
- fehlendes Image

Die Zielsetzung war, hier ein Konzept zu entwickeln, mit welchem Namen sich Mittelsachsen künftig überregional behaupten will. Vom Landrat und dem Referendar des Vortrages ging hier die Forderung nach einem Novum aus. Als Vorschlag wurde die „Nachhaltigkeitsregion“ benannt. Hier gab es eine große Diskussion, ob dieser Begriff geeignet erscheint. Ich persönlich kann mich als Mittelsachse nicht damit identifizieren.

Zu diesen vier Vorträgen wurden anschließend Workshops veranstaltet.

Aus dem Jugendhilfeausschuss: Neuverteilung der Fördermittel des Bundes

Durch die geänderte Förderrichtlinie für Investitionen von Kindertagesstätten wurden die pauschalierten Fördermittel geändert verteilt. Neu ist, dass jetzt auch Kindergärten und Kindertagespflegestellen gefördert werden. Bisher war die För-

derung auf Krippenplätze beschränkt. Die freigewordenen sowie Restmittel wurden nun neu verteilt.

Der Antrag des Kreisjugendrings Mittelsachsen e.V. auf Förderung des Projektes „Flexibles Jugendmanagement im Landkreis Mittelsachsen“ wurde mehrheitlich abgelehnt. Dieses Projekt wurde auf Anraten des sächsischen Staatsministeriums, welches bereits in drei sächsischen Landkreisen erfolgreich läuft, konzipiert. Gefördert würde es zu 80% vom Land. Die restlichen 20% sollen vom Landkreis kommen. Die Kosten hätten sich auf ca. 25 T€ für den Zeitraum 2011 bis 2013 belaufen. Dies hat der Jugendhilfeausschuss in seiner jüngsten Sitzung abgelehnt.

Landkreissplitter

• Umzug von Referaten als Ergebnis des Standortkonzeptes

Das Landratsamt meldet den Umzug von folgenden Referaten im Juni.

- Naturschutz/Landwirtschaft (aus Döbeln nach Freiberg)
- Wasser (aus Döbeln nach Freiberg)
- Immissionsschutz (aus Döbeln nach Freiberg)
- Abfallrecht/Bodenschutz (aus Döbeln nach Freiberg)
- Ausländer- Vertriebenenbehörde (aus Mittweida nach Freiberg)

Das zu Jahresanfang erarbeitete Standortkonzept des Landkreises Mittelsachsen sieht vor, bis Ende 2012 aus allen angemieteten Objekten auszuziehen.

• Kreisstadt Freiberg erhält Helmholtz-Institut

Der Senat der Helmholtz-Gemeinschaft hat dem Vorhaben zugestimmt, in Freiberg ein neues Helmholtz-Institut zu gründen. Das Helmholtz-Institut Freiberg für Ressourcetechnologie soll als Außenstelle des Helmholtz-Zentrums Dresden-Rossendorf (HZDR) in Freiberg angesiedelt sein und Technologien erforschen, um die Versorgung mit Rohstoffen zu sichern, Rohstoffe effizienter zu nutzen und umweltfreundlich zu recyceln. Die Helmholtz-Gemeinschaft ist mit über 31.000 Mitarbeitern in 17 Forschungszentren und einem Jahresbudget von rund 3,3 Milliarden Euro die größte Wissenschaftsorganisation Deutschlands.

• Thema Jugendweihe und Presse

Im letzten Jahr bemerkten wir, dass die Ju-

gendweihe zumindest in der Mittweidaer Regionalausgabe der Freien Presse auf keinerlei Resonanz stieß. Erfreulich, dass in diesem Jahr gleich zwei Artikel in dieser erschienen sind. Ob man nun von einem positiven Trend sprechen kann, wird die Zukunft zeigen.

• Stabile Gebühren bei der Entsorgung

Die kommunale Entsorgungsfirma des Entsorgungsgebietes Mittweida hat in seiner Nachkalkulation des letzten Jahres ein deutliches Plus verzeichnet. Dadurch bleiben die Gebühren für mindestens zwei Jahre stabil. Verwaltungstechnisch wird die Entsorgung im gesamten Kreisgebiet von der EKM betreut. Dadurch haben sich die Verwaltungskosten gegenüber den Vorjahren verringert.

• Landkreis Mittelsachsen richtet für die Ausbildung von Erziehern eine Fachschule für Sozialwesen ein

Das berufliche Schulungszentrum am Standort Döbeln wird mit dem Schuljahr 2011/2012 zu einer Fachschule für Sozialwesen der Fachrichtung Sozialpädagogik. Dadurch wird das berufliche Schulungszentrum sehr aufgewertet. Wir hoffen, dass sich damit auch das BSZ Döbeln profilieren wird. Schließlich will die Landkreisverwaltung bis Ende 2012 die berufliche Schulungslandschaft neu gestalten. Derzeit sehen interne Überlegungen die Fusion der Standorte Döbeln und Mittweida vor.

• Umweltpreis 2011

Die Stiftung der Sparkasse Mittelsachsen hat folgenden Einrichtungen den Umweltpreis 2011 überreicht:

- Heiner-Müller-Mittelschule Eppendorf
- Mittelschule „An der Mulde“ Rochlitz
- Förderverein Naturpark Köbe e. V. Penig
- Grundschule im Ortsteil Marbach
- Kindertagesstätte „Bieberg“ Reinsberg

Teilgenommen haben 18 Einrichtungen, welche sich mit durch herausragende Leistungen im Bereich des Umweltschutzes hervorgetan haben.

qualifizierte eckpunkte der linken zur fortschreibung des landesentwicklungsplanes 2003 (teil 1)

Auf ihrer diesjährigen Frühjahrsklausur hat sich die Landtagsfraktion der LINKEN auf die Schwerpunkte ihrer Arbeit bis zur Halbzeit der Legislaturperiode verständigt.

Dr. Jana Pinka aus Freiberg, Mitglied für DIE LINKEN im sächsischen Landtag, leitet die Arbeitsgruppe „nachhaltige Landesentwicklung“. Diese hat der Frühjahrsklausur den Entwurf eines qualifizierten Eckpunktepapiers für die 2013 anstehende Fortschreibung des gültigen Landesentwicklungsplans 2003 vorgelegt. Wir dokumentieren im folgenden den Teil -1- ihrer Überlegungen zu diesem Eckwertepapier. In unseren folgenden Ausgaben berichten wir fortlaufend über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe.

Eine der wichtigsten allgemeinen Rahmenbedingungen für die Landesentwicklungsplanung wird die Veränderung der zahlenmäßigen und strukturellen Veränderung der sächsischen Gesellschaft werden. So nimmt die sächsische Bevölkerung ab, wobei dies örtlich und regional sehr unterschiedlich ist. Es gibt örtlich begrenzt Zuwachs in Dresden und Leipzig sowie in wenigen kleinen Gemeinden (Detaildaten sind im Bürgerbüro bei Peter Zimmermann erhältlich). In Raumkategorien ausgedrückt bedeutet dies Rückgänge im verdichteten Raum Chemnitz-Zwickau um 15 bis 17%, in Dresden und Leipzig leichte Zugewinne von etwa 3 %, in den verdichteten ländlichen Räumen Rückgänge um durchschnittlich 15 bis 17,5%.

Bisherige Strategien zum Umgang mit dem demografischen Wandel lassen sich mit zwei Stichworten zusammenfassen. Diese sind „Gegensteuern“ bzw. „Anpassen“. Bei der „Gegensteuerung“ wird versucht, den Status quo mit den Instrumenten einer auf Wachstum orientierten Politik zu halten. Die Ursachen für die ungünstige Bevölkerungsentwicklung werden dabei allerdings ausgeblendet. Mit der „Anpassung“ wird die Daseinsvorsorge faktisch (nach unten) an die Bevölkerungsentwicklung angeglichen. Innovationen bei der Gewährleistung der Daseinsvorsorge im Sinne der Neuorganisation von Dienstleistungsangeboten werden aber zu wenig berücksichtigt.

Daher sollte ein grundlegender Wechsel von Planungsparadigmen eingeleitet werden, d. h. auf extensives Wachstum im klassischen Verständnis ist in vielen Fällen ebenso zu verzichten wie auf kostenintensive Strategien der Gegensteuerung bei unklarem Ergebnis. Für die vom demografischen Wandel betroffenen Gebiete ist der Abbau von Daseinsvorsorge proportional zur Bevölke-

rungsentwicklung der falsche Weg, wenn damit die Lebensqualität verschlechtert wird. Beim Umgang mit dem demografischen Wandel geht es nach wie vor insbesondere um die Gewährleistung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Landesteilen, um die Stabilisierung besonders betroffener Regionen, um die Mobilisierung aller Potentiale zur konstruktiven Gestaltung des demografischen Wandels, um die positive Akzeptanz einer älter und kleiner werdenden Gesellschaft und um Gestaltungsspielräume für soziale und wirtschaftliche Innovationen. Notwendig sind z.B.:

- Festlegungen zu Leistungen der Daseinsvorsorge insbesondere für periphere Räume sowie ggf. für abgekoppelte Räume (Pflichtaufgabenkatalog, d. h. erhöhte Verantwortung des Staates),
- Möglichkeiten zur Organisation regional angepasster Lösungen zur Sicherung der Daseinsvorsorge (Flexibilität statt Ab-



- bau),
- Barrierefreiheit,
- nachhaltige Bestandsentwicklung und Nachnutzungsperspektiven (nutzungsoffene bzw. Mehrzweck-Umbauten),
- die Berücksichtigung der Geschlechterrelevanz und von Altersstufungen bei sozialräumlichen bzw. räumlich relevanten Planungen,
- die Aufnahme innovativer Dienstleistungs- und Infrastrukturangebote wie medizinische Versorgungszentren, Mehrgenerationenhäuser als Einrichtungen der sozialen Infrastruktur, Generationen übergreifendes Wohnen, Dorfgemeinschaftshäuser, Möglichkeiten für Freiwilligenagenturen,
- die Mobilitätsgrundbedürfnisse deckender, kostengünstiger, flexibler ÖPNV, ggf. ÖPNV-ergänzende Mobilitätsangebote u. a.,
- die besondere Berücksichtigung von Einrichtungen, welche geistige, seelische

und körperliche Gesundheit bis in das hohe Alter unterstützen, wie (Mehrzweck)einrichtungen für Kultur, Sport und Bewegung sowie Bildung und Kommunikation,

- die flächendeckende Ausstattung mit modernen Informations- und Kommunikationstechnologien.

Neben den demographischen Rahmenbedingungen verändern sich auch die finanziellen Ressourcen: Das Haushaltsvolumen Sachsens wird im Zeitraum des kommenden Landesentwicklungsplanes drastisch zurückgehen, denn Sachsen - besitzt eine Transferökonomie. Mehrere Transferströme werden geringer oder enden ganz. Dies

sind vor allem:

- der Solidarpakt II, welcher degressiv ist und 2019 ausläuft,
 - die EU-Förderung, da die Förderperiode 2013 endet und Sachsen ab 2014 nicht mehr Höchstfördergebiet (Ziel-1-Gebiet) der EU sein wird,
- der Länderfinanzausgleich, weil die Zuweisungen an die Bevölkerungszahl gekoppelt sind.
- Die Schuldenbremse im Grundgesetz verhindert kreditfinanzierte Investitionen der öffentlichen Hand.

Es ist davon auszugehen, dass die Einnahme des Freistaates Sachsen im Jahr 2025 18% (2,7 Mrd. Euro) unter denen des Jahres 2009 liegen. Die ökonomische Situation der sächsischen Kommunen ist dabei sehr unterschiedlich. Aufschwung und Niedergang können nebeneinander liegen. Diese sehr schwierigen finanziellen Randbedingungen müssen bei allen Landesplanungen berücksichtigt werden. Dies erfordert von allen Akteuren immer wieder die kritische Überprüfung des Mitteleinsatzes dahingehend vorzunehmen, ob mit dem eingesetzten Geld, das angestrebte Ziel tatsächlich erreicht wird oder ob es kostengünstigere Lösungen zur Bewältigung einer Aufgabe gibt. Zukünftig sind unkonventionelle und mutige Schritte notwendiger denn je, denn die Herausforderungen in Sachsen sind so groß, dass sie mit herkömmlichem Herangehen nicht bewältigt werden können. Deshalb kommt Sachsen und Ostdeutschland eine Pionierrolle zu, denn die hier erfolgreichen Praktiken können als Beispiel für andere strukturschwache und demografisch degressive Regionen Westdeutschlands dienen. Der kommunale finanzielle Ausgleich in Sachsen sollte so gestaltet werden, dass die unterschiedlichen Situationen der Gemeinden sowie Landkreise/Kreisfreien Städte berücksichtigt werden, z. B. bedarf es einer Sockelfinanzierung zur Sicherung der Daseinsvorsorge in Gebieten, die von der negativen Bevölkerungsentwicklung besonders betroffen sind.

Kurz bevor ich begann, diesen Artikel zu schreiben, flatterte mir, man möchte fast sagen: mit einiger Verzögerung nun doch Post der Staatsanwaltschaft Dresden ins Haus. Grund ist meine Teilnahme an der erfolgreichen Blockade des Naziaufmarsches am 19. Februar diesen Jahres in Dresden. Und verzögert deshalb, weil in den letzten Wochen bereits viele solcher Briefe verschickt wurden. Vorgeworfen wird mir in dem Schreiben der Staatsanwaltschaft sowohl eine Ordnungswidrigkeit als auch eine Straftat. Der Vorwurf der Ordnungswidrigkeit bezieht sich auf die Teilnahme an einer verbotenen öffentlichen Versammlung. Dieser Vorwurf war bereits formuliert in der Aufforderung der Polizei am 19. Februar, den Platz bitte zu verlassen bzw. zu räumen.

Interessanter und natürlich auch brisanter ist dagegen der Vorwurf einer Straftat gemäß § 21 Versammlungsgesetz: Wer in der Absicht, nicht verbotene Versammlungen oder Aufzüge zu verhindern oder zu sprengen oder sonst ihre Durchführung zu vereiteln, Gewalttätigkeiten vornimmt oder androht oder grobe Störungen verursacht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Dass unsere Blockade den – leider nicht verbotenen – Nazi-Aufzug aufzu verhindern wollte, ist selbstredend und dieses Ziel war ja gerade auch Bestandteil im Aufruf des breiten Bündnisses Dresden-Nazifrei im Vorfeld des 19. Februar. Uns jedoch vorzuwerfen, dass unsere erfolgreiche friedliche Blockade Gewalttätigkeiten vornimmt oder androht oder grobe Störungen verursacht, ist mehr als abenteuerlich. Der Erfolg dieser Blockade war gerade die Tatsache, dass sie friedlich war. Hätte es von Seiten der BlockiererInnen Gewalt gegeben, wäre es für die Polizei ein Leichtes gewesen, die Blockade mit den bereitstehenden Wasserwerfern und unter Einsatz der anwesenden PolizistInnen gewaltsam aufzulösen. Gerade aber die Friedlichkeit der BlockiererInnen und die anwesende Öffentlichkeit haben das verhindert. Es wird spannend, inwieweit die Staatsanwaltschaft mit dieser Argumentation durchkommt.

14.30 Uhr war der Zeitpunkt der Blockade. Um 16.00 Uhr hatte sich die Lage wieder völlig entspannt. Wasserwerfer sowie viele PolizistInnen wurden abgezogen und es gab keine Behinderung der Bewegungsfreiheit mehr, immer mehr Menschen strömten hinzu. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Nazis bereits aufgegeben und sich auf den Heimweg gemacht. Und erst 16.35 Uhr hat die Polizei die zu dem Zeitpunkt anwesenden Menschen eingekesselt und im Anschluss deren Personalien aufgenommen. Das heißt, dass jetzt auch Leute mit Briefen der Staatsanwaltschaft konfrontiert werden, die an der

eigentlichen Blockade gar nicht teilgenommen haben. Auch das gilt es zu klären.

Insgesamt muss man im Rückblick auf den Februar 2011 sagen, dass die Stadt Dresden, die Staatsanwaltschaft und die Polizei massiv versuchen, den breiten zivilgesellschaftlichen Potest gegen den Naziaufmarsch zu delegitimieren bzw. sogar zu kriminalisieren. Es gab in den letzten Monaten vielfältige Hausdurchsuchungen in diesem Zusammenhang am Spektakulärsten die Stürmung der Dresdner LINKEN-Geschäftsstelle mit dem Büro von Dresden-Nazifrei durch die Polizei sowie die Durchsuchung des linken Wohnprojektes in Dresden, welches am 19. Februar übrigens unter den Augen der lediglich zuschauenden Polizei von einer Horde Nazis brutal attackiert wurde. In diesen Versuch der Diskreditierung ist auch das polizeiliche Vorgehen insbesondere am 19. Februar und auch das



jetzige Agieren der Staatsanwaltschaft einzuordnen. Ein politisch souveräner Umgang mit dem größten Naziaufmarsch Europas und eines notwendigen gemeinsamen Protestes dagegen sähe aus meiner Sicht deutlich anders aus.

Spende für das Jugendzentrum in Bockelwitz

Am 16. Mai übergab Falk Neubert der Leiterin des Kinder- und Jugendkulturzentrums in Bockelwitz, Frau Dörner, einen Scheck über 200 €. Frau Dörner zeigte sich sehr erfreut über diesen Betrag und meinte, auch wenn es keine Riesensumme ist, so hilft es dem Verein doch sehr. So könnte man jetzt wieder Bastelmaterial und ähnliches für kommende Veranstaltungen besorgen. Dem Besuch vorangegangen war ein Brief

des Vereins an alle Landtagsabgeordneten, worin der Vereinsvorstand das Projekt beschrieben hatte und vor allem die derzeitigen Probleme. So ist mit der Kürzung der Jugendpauschale durch das Land Sachsen und den vorgesehenen Kürzungen im Jugendhilfebereich durch den Kreis Mittelsachsen das Jugendhaus, wie auch viele andere Projekte, in seiner Existenz bedroht.

Für dieses Jahr ist das Jugendzentrum noch finanziell gesichert, doch wie es nächstes Jahr weitergeht, wissen der Verein und vor allem die Kinder und Jugendlichen nicht. Dass der vielfältige Protest letztes und dieses Jahr gegen die Mittelkürzungen im Jugendhilfebereich nichts gebracht hat ist sehr bedauerlich. Um es mit den Worten von Frau Dörner zu sagen: „Die Regierung sollte sich die Projekte vor Ort mal anschauen, dann wüssten sie welche Probleme wir haben, aber vor allem würden sie sehen, was wir schaffen und das unsere Arbeit wichtig ist.“

Schwerpunkte im Ringen der LINKEN um die innerparteiliche Stabilisierung

Zur Kreisvorsitzenden-Beratung am 26. Juni in Hannover werden neben der Einleitungsrede von Klaus Ernst und der Abschlussrede mit Ausblick durch Gesine Löttsch sieben parallele Foren mit folgenden inhaltlichen Schwerpunkten stattfinden:

- Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert: Ein neues Grundsatzprogramm für DIE LINKE.
- An welche Bevölkerungsgruppen richtet sich DIE LINKE vor Ort mit ihren Inhalten? Welche Themen müssen in der nächsten Zeit im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen? Zur weiteren strategischen Orientierung der LINKEN.
- Mitglieder gewinnen, Mitglieder halten.
- Strukturen vor Ort stärken: Mitglieder und Vorstände qualifizieren, Nachwuchs fördern.
- Öffentlichkeitsarbeit vor Ort verbessern, Kampagnenfähigkeit weiter ausbauen.
- Maßnahmen zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit in unserer Partei.
- Finanzen sichern und ausbauen.

Die Zukunft soll man nicht voraussehen wollen, sondern möglich machen.

Antoine de Saint-Exupéry

heute teil 1: der kampf um die sorbenfestung gana und das daleminzerland im jahr 929



Wie in unserer Mai-Ausgabe angekündigt, starten wir außerhalb der heutigen Kreisgrenzen des Landkreises Mittelsachsen in unsere neue, große Serie. Wir beginnen sie mit den Jahren 928/929, als Heinrich I., der König des Ostfrankenreiches, zu seinen so genannten Slawenfeldzügen aufbrach. Die konnte er allerdings nur führen, weil er den Ungarn, deren Angriffen in den Jahren 924 und 926 er machtlos gegenüberstand, dennoch einen neun-jährigen Waffenstillstand abtrotzen konnte. Nachdem Heinrich im Winterfeldzug 928/929 mit Brennaborg (Brandenburg) den Hauptort der Haveller erobert hatte, richtete er seine Angriffsbemühungen gegen die Daleminzer. Der Hauptkampf wurde um die Sorbenfestung Gana geführt. Dabei wurden alle Erwachsenen umgebracht und die Kinder versklavt. Zur Überwachung und militärischen Sicherung des Daleminzerlandes wurde die Burg Meißen gegründet. Im Anschluss daran zog Heinrich mit Unterstützung des bayerischen Königs nach Böhmen weiter.

Das Gebiet um Meißen-Nossen-Döbeln-Oschatz-Riesa (heute gehört es territorial zu den Landkreisen Meißen, Mittelsachsen und Nordsachsen) war nach 600 von Sorben besiedelt worden. Dieses Teilgebiet wurde von den Einheimischen, wie auch später von den Deutschen, Daleminzien genannt. Hier ist eine Vielzahl sorbischer Wallanlagen nachgewiesen. Keine aber ist in der Bedeutung vergleichbar mit jener „**urbs, quae dicitur Gana**“, der **legendären Hauptburg der Daleminzer**. Hier fand im Jahre 929 der entscheidende Kampf zwischen dem Heer des ostfränkischen (deutschen) Königs Heinrich I. und den sorbischen Daleminzern statt. Die Burg wurde am 20. Tage genommen. Die Beute überließ Heinrich seinen Kriegern, alle Erwachsenen wurden niedergemacht, die Kinder für die Gefangenschaft aufbewahrt.

Das Rätsel um die Burg Gana

Die Zeit Heinrich I. gehört zu den quellenärmsten des gesamten Mittelalters. Et-



belagerte eine Burg namens Gana.“ Nachdem man lange Zeit das „urbs ad Ganam“ auf dem Kellerberg auf der Flur des zu Mittelsachsen gehörigen Dörfchens Jahna vermutet hatte (dort wurde im Jahr 929 eine Tausendjahrfeier begangen), rückt nach archäologischen Grabungen im Jahr 2003 der Burgberg am Rande von Stauchitz, Richtung Hof, in den Mittelpunkt. Vieles deutet darauf hin, dass hier, am Schlachort eine vom Sumpf umgebene Niederungsburg als Stammburg der Daleminzer existiert haben könnte. Nicht ganz ausgeschlossen als Standort der „urbs ad Ganam“ ist auch der Burgberg im Zschaitzer Ortsteil Baderitz. (siehe dazu die Abbildungen auf dieser Seite).

Die ehemalige Sobenfestung Gana heute

Sicher dürfte sein, dass die Burg im mittleren Tal des Flüsschens Jahna zu lokalisieren ist und die Begriffe „Gana“ und „Jahna“ miteinander korrespondieren. Sicher ausschlie-



Mit Ehrenplatz auf der Albrechtsburg in Meißen: Der sächsische Herzog und ostfränkische König Heinrich I. (Bild oben). Zwei der möglichen Orte der Sorbenfestung Gana: Auf dem Gelände des so genannten Burgberges zwischen Stauchitz (Landkreise Meißen) bzw. Hof (Landkreis Nordsachsen) als wahrscheinlichster Variante (Luftaufnahme unten links und kleines Bild) bzw. auf dem Burgberg bei Baderitz (Ortsteil von Zschaitz-Ottewig im Landkreis Mittelsachsen) (unten rechts, der Burgberg im Hintergrund)

was Licht ins Dunkel bringt nur die 967 abgeschlossene Chronik zur Geschichte des sächsischen Königshauses des Mönches Widukind von Corvey aus dem gleichnamigen

Benediktinerkloster. Zur Spurensuche für die Schlacht bei Gana gibt es bei Widukind ganze zwei konkrete Hinweise: „... wandte er sich gegen Daleminzien ...“, sowie „... Er

Ben kann man das Dorf Jahna und die Ortsteile Nieder- und Oberjahna bei Meißen. Ein ausführlicher Besuch im „Daleminzerland“ brachte wenige Erkenntnisse.

kreisvorstand aktuell

Der Kreisvorstand führte seine turnusmäßige Beratung im Juni erst am 20. Juni im Gemeindezentrums Geringswalde durch. Da dieser Termin erst nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe war, berichten wir in unserer Juli-Ausgabe gleich doppelt über die Vorstandssitzungen vom 20. Juni und vom 11. Juli.

Laut vorliegender Einladung behandelt der Kreisvorstand am 20. Juni folgende Themen:

- Auf Wunsch des Geringswalder Ortsverbandes spricht MdL Falk Neubert zu aktuellen Fragen der Parteiarbeit (Falk ist Mitglied im Bundesausschuss der LINKEN) und der Arbeit im Landtag

- Bericht zum Bearbeitungsstand „Analyse der Parteiarbeit im Kreisverband“ mit Schlussfolgerungen zur Weiterarbeit an diesem Thema.

in eigener sache

In unserer Mai-Ausgabe stellten wir mit Genossen **Dieter Kunadt** ausführlich das neue Mitglied unserer Kreistagsfraktion vor. Unter anderem berichteten wir darüber, dass Dieter Kunadt auch Fraktionschef der LINKEN im Leisniger Stadtrat ist. Das bittet uns Dieter Kunadt im folgenden Sinne zu korrigieren:

„Als stellvertretender Fraktionschef bilde ich ein hervorragendes Team mit meinem Fraktionsvorsitzenden Genossen **Jürgen Müller**“. Wir sind dieser Bitte gern nachgekommen.

unsere jubilarer

Unseren Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen sowie unseren Hochbetagten gratulieren wir hiermit ganz besonders herzlich!



Im Juli 2011 wird aus diesem Anlass gefeiert bei:

Siegfried Steiger	geb. am	01.07. 1936,	in	Flöha
Rolf Wöllner	geb. am	01.07. 1927,	in	Lunzenau
Walter Ruczynsku	geb. am	03.07. 1936,	in	Brand-Erbisdorf
Erich Leiteritz	geb. am	03.07. 1929,	in	Rechenberg-Bienenmühle
Herta Zimmermann	geb. am	04.07. 1922,	in	Leisnig
Käthe Dworschak	geb. am	04.07. 1920,	in	Leisnig
Lothar Anke	geb. am	06.07. 1923,	in	Augustusburg
Peter Zenker	geb. am	08.07. 1941,	in	Leubsdorf
Gunter Wunderlich	geb. am	11.07. 1924,	in	Mittweida
Werner Kuhnert	geb. am	12.07. 1925,	in	Waldheim
Helfried Wittig	geb. am	13.07. 1936,	in	Döbeln
Eva Überschär	geb. am	14.07. 1931,	in	Berlin
Gertrud Reiher	geb. am	15.07. 1926,	in	Lunzenau
Berti Reiche	geb. am	16.07. 1925,	in	Rochlitz
Albrecht Tolke	geb. am	16.07. 1941,	in	Freiberg
Kurt Märtig	geb. am	19.07. 1925,	in	Lunzenau
Gerhard Mark	geb. am	19.07. 1924,	in	Halsbrücke
Egon Platzer	geb. am	20.07. 1927,	in	Bobritzsch
Irmgard Götzelt	geb. am	22.07. 1926,	in	Eppendorf
Margarete Eichler	geb. am	23.07. 1929,	in	Mittweida
Fritz Burkhardt	geb. am	24.07. 1922,	in	Döbeln
Fritz Lindner	geb. am	26.07. 1926,	in	Roßwein
Volker Träger	geb. am	26.07. 1936,	in	Freiberg
Harry Anke	geb. am	28.07. 1928,	in	Niederwiesa
Annelis Platzer	geb. am	29.07. 1928,	in	Lichtenberg
Heinz Kleinstück	geb. am	29.07. 1926,	in	Flöha
Rolf Bobe	geb. am	30.07. 1924,	in	Roßwein



Der „mittelsächsische Anspruch“ auf den Standort der Sorbenfestung Gana: Das Dörfchen Jahna (Ortsteil von Ostrau), am gleichnamigen Flüsschen gelegen, welches der Burg ihren Namen gegeben haben dürfte. Hier feierte man 1929 ein großes Jubiläum und pflanzte zum Anlass eine Jahrtausendeiche (im Bild rechts). Inzwischen ist man allerdings überzeugt, dass der Ort der Sorbenfestung Gana definitiv nicht auf der Dorfflur von Jahna zu finden ist. Favoriten ist der Burgberg am Ortsausgang der Gemeinde Stauchitz in Richtung Hof.

In Jahna schmückt eine kleine Erinnerungstafel das Dorfgemeindehaus. Die „Jahrtausendeiche“ von 1929 wächst und gedeiht, die Erinnerungstafel bedarf dringend einer Erneuerung. In Hof-Stauchitz

erinnert rein gar nichts an den Kampf um die Sorbenfestung Gana. Eine ausführliche Erläuterung auf einer aktuellen Informationstafel findet man allerdings am Burgberg im Zschaitzer Ortsteil Baderitz.

Im November 2009 hat der Heimatverein Jahna e.V. eine interessante und informative Broschüre zum Kampf um die Sorbenfestung Gana im Jahr 929 herausgegeben. (hw)

Terminvorschau

Juni 2011:

20. Juni 19 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes
Geringswalde, Gemeindezentrum
26. Juni Zentrale Beratung des Parteivorstandes mit den
Kreisvorsitzenden
Hannover

Juli 2011:

11. Juli 19 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes
Ort wird noch festgelegt
13. bis 17. Juli 6. Sommeruniversität der europäischen Linken
Trevi, Italien

August 2011:

06. August Friedensfest der LINKEN „Für Frieden und Toleranz“
Ostseebad Graal-Müritz
08. August 19 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes
Ort wird noch festgelegt

sieben schritte zum unverzüglichen & unumkehrbaren atomausstieg

(Beschluss der Fraktion DIE LINKE im Bundestag vom 10. Mai 2011) (Auszüge)

1. Sofortige Stilllegung von elf Atomkraftwerken.

Die sieben ältesten AKWs – Biblis A, Neckarwestheim 1, Biblis B, Brunsbüttel, Isar 1, Unterweser und Philippsburg 1 – und das Pannan-AKW Krümmel sind sofort und auf Dauer stillzulegen. Gleiches gilt für das wegen seiner Lage in einem Erdbebengebiet gefährdete AKW Neckarwestheim 2 sowie die AKWs Grundremmingen B und C.

2. Vollständiger Atomausstieg bis zum Ende des Jahres 2014.

Die übrigen Atomkraftwerke werden bis zum Ende des Jahres 2014 stillgelegt:
2012: AKW Brokdorf und AKW Philippsburg 2.
2013: AKW Grohnde und AKW Grafenrheinfeld.
2014: AKW Isar 2 und AKW Emsland.
Die Bundesregierung muss umgehend ein Atomausstiegsgesetz gemäß Punkt 1 und 2 vorlegen.

3. Atomausstieg ins Grundgesetz.

Verankerung des Verbots der Nutzung von Atomenergie und Atomwaffen im Grundgesetz.

4. Klimaschutz und Atomausstieg: Kein Widerspruch.

Beibehaltung des Einspeisevorrangs und wirkungsvoller Vergütungssätze für Strom aus erneuerbaren Energien, Erstellung eines Bundesfachplans Netzausbau sowie Förderung der Entwicklung und Etablierung effizienter Speichertechnologien.

ener Speichertechnologien.

Energieeffizienz-Offensive: ambitionierte, verbindliche Standards für den Energieverbrauch stromverbrauchender Geräte und industrieller Prozesse; Einführung eines Energiesparfonds (2,5 Mrd. Euro/a) mit speziellen Förderprogrammen für einkommensschwache Haushalte.

Klimagerechter Umbau des Kraftwerksparks durch ein Kohleausstiegsgesetz.

5. Strompreise sozial abfedern, Marktaufsicht wahrnehmen.

Einführung einer wirksamen und handlungsfähigen staatlichen Strompreisaufsicht; Erhöhung der Brennelementesteuer zur Abschöpfung der Extraprofiten aus dem Emissionshandel
Verbot von Stromsperrungen, verbindliche Einführung von Stromsozialtarifen und Unterstützung von niedrigen Einkommen beim Kauf stromsparender Geräte.

6. Atomausstieg schafft Arbeitsplätze.

Initiativen für die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen an den Atomkraftwerksstandorten durch regionale Wirtschaftspolitik.

Wende in der Beschäftigungspolitik der Erneuerbaren-Branche hin zu tariflicher Entlohnung, Sicherstellung gewerkschaftlicher Rechte und Guter Arbeit.

7. Energiekonzerne entmachten – Energie-wende demokratisieren

Überführung der Energienetze in die öffentliche Hand, Rekommunalisierung der Energieversorgung



+++ aktuell +++ aktuell +++ aktuell +++ aktuell +++

Newsletter

Mit dem wöchentlichen Newsletter bleiben Sie immer auf dem Laufenden und erfahren die wichtigsten Neuigkeiten über die DIE LINKE.

Jetzt kostenfrei abonnieren unter:
<http://newsletter.die-linke.de>

DIE LINKE.

Groß ist die Trauer im Ortsverband der LINKEN Geringswalde über das Ableben des Genossen

Helfrid Zimmer

Helfrid Zimmer verstarb kurz vor Ostern im Alter von 85 Jahren. Mit ihm ging ein Genosse, der trotz aller Wirrungen stets zu seiner Partei hielt. Wir werden im unser ehrendes Andenken bewahren.

Genosse Lothar Pötzsch im Auftrag des Ortsverbandes Geringswalde der LINKEN

Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere verstorbene Genossin:

Ruth Bernhard aus Oederan

Wir werden Ihr stets unser ehrendes Andenken bewahren.